

LAND TAGS KURIER



Seite 7:
Parlament stellt
»außergewöhnliche
Notsituation« fest



Seite 10:
Öffentliche Anhörung
stößt auf großes Interesse
bei Landwirten



Seite 12:
Einen Tag
unterwegs mit
Ines Springer

Ausgabe
2.20



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

als ich am Anfang dieses Jahres an unsere Zuversicht, unseren Mut und Zukunftswillen appellierte, war noch niemandem klar, wie aktuell diese Worte jetzt sein würden. Noch vor wenigen Monaten war nicht absehbar, welche Wucht die gegenwärtigen Ereignisse entfalten und welche Herausforderungen sie für unseren Freistaat Sachsen und seine Menschen mit sich bringen würden.

Infolge der sich ausbreitenden Corona-Pandemie hat sich unser öffentliches und soziales Leben vorübergehend verlangsamt. Es legt gewissermaßen eine Pause ein, damit die aktuelle Infektionswelle abebbt und durch unser leistungsfähiges Gesundheitssystem bewältigt werden kann. Die vom Freistaat Sachsen dafür getroffenen Vorkehrungen haben unsere Gewohnheiten und die damit verbundene Freiheit stark eingeschränkt. Ich kenne niemanden, dem es in den vergangenen Wochen leichtgefallen ist, soziale Kontakte zu begrenzen, weitgehend zu Hause zu bleiben und auf regelmäßige Freizeitaktivitäten zu verzichten. Für mich zählt die individuelle Freiheit zu den wichtigsten und höchsten Gütern. Doch eine ungebremsste Ausbreitung des Coronavirus würde vor allem zulasten der alten und kranken Menschen gehen. Daher benötigt unsere Gesellschaft gerade jetzt die soziale Verantwortung jedes Einzelnen und deshalb halte ich bestimmte Einschränkungen für eine begrenzte Zeit vertretbar. So sind auch im Landtagsgebäude, dem Haus der sächsischen Demokratie, vorerst keine Besuchergruppen mehr erlaubt.

Die aktuelle Situation ist eine ungekannte Bewährungsprobe für unseren Freistaat Sachsen. Ich bin davon überzeugt, dass wir sie gemeinsam bestehen werden. In Zeiten wie diesen zeigt sich, welchen Wert stabile und verlässliche politische Verhältnisse haben. Verantwortlich handelnde Politik bedeutet, sie in positiver Verantwortung den Menschen und dem Land gegenüber auszuüben. Diese entschlossene Botschaft hat unser Landtag auf seiner historischen Sondersitzung am 9. April ausgesandt.

»Der Mensch wächst mit seiner Hoffnung« – dieser Satz stammt von Dietrich Bonhoeffer, einem der wichtigsten deutschen Theologen des 20. Jahrhunderts. Hoffnung und Zuversicht geben uns Kraft und machen uns Mut. Sie tragen in diesen Tagen wesentlich dazu bei, unseren Blick nach vorn zu richten und daran zu glauben, die widrigen Umstände gestärkt hinter uns zu lassen.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

7. Sitzung des Sächsischen Landtags Sachsen sagt Virus den Kampf an Staatsregierung will Pandemie eindämmen und Wirtschaft unterstützen	3
Hintergrundinformationen zur Corona-Pandemie in Sachsen	6
8. Sitzung des Sächsischen Landtags Finanzspritze gegen die Corona-Krise Landtag beschließt Nachtragshaushalt und ermächtigt Regierung zur Neuverschuldung wegen COVID-19-Pandemie	7

PARLAMENT

Landluft trifft auf Plenarluft Eine ungewöhnliche Anhörung im Agrarausschuss am 05. März 2020	10
Laufende Gesetzgebung	11
Rekordjahr 2019: Über 27 000 geführte Besucher im Landtag	14
Volkshandbuch informiert über Abgeordnete	16

EIN TAG MIT ...

»Zwischen Brötchen, Blumen, Kartoffeln und Kühen« Ein Tag mit Ines Springer, Vorsitzende des Ausschusses für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft	12
--	----

SONDERTHEMA

30 Jahre Freistaat Sachsen – Die erfolgreiche Revolution	17
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	20
------------------------------------	----

Corona-Pandemie und ihre Folgen für Sachsen



Foto: O. Killig

// Die 8. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am 9. April war im mehrfachen Sinn historisch. Das Parlament kam nicht im Landtagsgebäude, sondern im benachbarten Congress Center zusammen. Auch die Feststellung einer »außergewöhnlichen Notsituation« und damit das Abweichen vom Neuverschuldungsverbot zur Bewältigung der Corona-Pandemie sind in der Geschichte des Freistaats ohne Beispiel. Bereits auf der 7. Landtagssitzung am 18. März debattierten die Abgeordneten über den Umgang mit der Krise. //



// Staatsministerin Petra Köpping spricht in der Fachregierungserklärung. // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Sachsen sagt Virus den Kampf an

Staatsregierung will Pandemie eindämmen und Wirtschaft unterstützen

Staatsregierung: Eindämmung ist oberstes Ziel

Die gegenwärtige Situation erfordere besonnenes und vorausschauendes Handeln, sagte Ministerpräsident Michael Kretschmer zu Beginn der Debatte. Um eine exponentielle Ausbreitung des Virus zu verhindern, habe man gemeinsam mit Bürgermeistern und Landräten Schulen, Kindergärten und weitere öffentliche Einrichtungen geschlossen. Weitere Einschnitte müssten folgen. Begleitend dazu gebe es ein Investitionspaket für die medizinische Versorgung sowie Unterstützung für die Unternehmen

// Der Sächsische Landtag kam am 18. März 2020 zu seiner 7. Sitzung zusammen. Am Anfang stand eine Fachregierungserklärung unter dem Titel: »Coronavirus SARS CoV-2 gemeinsam in Sachsen bekämpfen – besonnenes Handeln statt Hysterie.« Außerdem diskutierten die Abgeordneten einen Dringlichen Antrag der AfD-Fraktion. Er lautete: »Die Eindämmung der Coronavirus-Pandemie erfordert ein entschlossenes und gemeinsames Handeln!« //

in Sachsen. Damit sollen schlimme Auswirkungen der Krise verhindert werden.

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, erinnerte daran, dass Sachsen in der Krisenbewältigung geübt sei. Auch jetzt könne man auf Pandemiepläne und Handlungsanweisungen zurückgreifen. Mit Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Bund sowie dem Robert-Koch-Institut gebe es einen ständigen Austausch.

AFD: Wertvolle Zeit verloren

Jörg Urban, AfD, ging zunächst auf Uneinigkeiten unter den Fraktionen im Vorfeld der Landtagssitzung ein. Das Zusammenkommen des Landtags in dieser Form sei notwendig gewesen, da die Landesregierung nur zögerlich gehandelt habe. Sie habe wertvolle Zeit verstreichen lassen, um Pandemiepläne anzupassen und weitere medizinische Versorgungs-

kapazität aufzubauen. Die bisherige Kapazität für Tests auf das Coronavirus reiche bei Weitem nicht aus. Das medizinische Personal arbeite auch ohne die derzeitige Corona-Pandemie an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Zudem zeige das Beispiel Tschechien, dass eine Kontrolle der Außengrenzen Wirkung zeige. Anstelle von globalen Lieferketten und der Dritten Welt abhängig zu sein, solle die Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten wieder in Deutschland und Europa stattfinden.

CDU: Kein Katastrophenzustand gegeben

Man sei in einer Krise, aber nicht in einer Katastrophe, betonte Christian Hartmann, CDU. Daher habe der Landtagspräsident auch nicht das Notparlament nach Artikel 113 der Sächsischen Verfassung einberufen. Dennoch sei es Aufgabe des Parlaments, in diesen Zeiten die Exekutive zu unterstützen und die Bevölkerung ausreichend zu informieren. Es solle beraten, Empfehlungen geben sowie darauf achten, dass alle jetzt notwendigen Maßnahmen getroffen würden. Besonders wichtig sei es aktuell, bestimmte Restriktionen, die das Infektionsrisiko senken, mit Verstand, Maß und Mitte zu erlassen und die Lage weiterzuverfolgen. Die bisherigen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Pandemie seien vernünftig und sinnvoll. Die Einschnitte in das soziale Leben seien schmerzhaft, könnten jedoch dazu beitragen, das Infektionsrisiko zu senken. Unternehmen müssten mit Krediten schnell und unbürokratisch unterstützt werden.

DIE LINKE: Einschränkungen sind notwendig

Susanne Schaper, DIE LINKE, verglich die Pandemie mit einer Naturkatastrophe. Allerdings löse es ein mulmiges Gefühl aus, infolge der rasanten Ausbreitung bisher weder Folgen noch Schäden beziffern zu können. Um die Infektion einzudämmen und Risikogruppen zu schützen, habe die Bundesregierung gemeinsam mit den Länderchefs

notwendige Eingriffe ins öffentliche Leben beschlossen. Dennoch bleibe einiges unklar, etwa, welche Operationen in Krankenhäusern ausgesetzt werden könnten, um Ressourcen zu sparen. Die vorhandenen Kapazitäten der Intensivmedizin sollten zielgenauer gesteuert werden. Vor diesem Hintergrund wären die Folgen einer Reduzierung von Beatmungsbetten oder die Schließung von Krankenhäusern, wie sie eine Bertelsmann-Studie forderte, nicht abzusehen. Stattdessen sollte man Krankenhäuser unterstützen und auch den öffentlichen Gesundheitsdienst in Zukunft besser ausstatten.

BÜNDNISGRÜNE: Solidarisches Miteinander gefragt

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, zollte in ihrer Rede zunächst allen Menschen Respekt, die vor Ort die Entscheidung zur Schul- und Kita-Schließung umgesetzt und gleichzeitig eine Notbetreuung abgesichert hätten. Wichtig sei es in dieser herausfordernden Situation, Ruhe zu bewahren und Solidarität zu üben. Eine demokratische Gesellschaft lebe von einer starken Zivilgesellschaft. Die Menschen sollten in diesen Krisenzeiten verstärkt aufeinander achtgeben. Ältere sollten direkte Kontakte meiden, um sich bestmöglich zu schützen. Auch das Kindeswohl sei ein hohes Gut, das gegenwärtig besonderer Aufmerksamkeit bedürfe. Für Menschen, denen die gemeinsame Zeit auf engem Raum zur Herausforderung werde,

sollten die Kommunen und Landkreise die telefonische Erreichbarkeit von Beratungsstellen gewährleisten. Koordiniert und überlegt lasse sich die Krise gemeinsam bewältigen.

diese Balance zu halten. Einige Menschen hätten den Ernst der Lage noch nicht erkannt und brächten durch ihr Verhalten sich und andere in Gefahr. Viele andere hingegen zeigten sich



Es wird ein Investitionspaket für die medizinische Versorgung sowie Unterstützung für die Unternehmen in Sachsen geben.

// Michael Kretschmer

7. Sitzung des Sächsischen Landtags

SPD: Beschäftigte brauchen Unterstützung

Es sei gegenwärtig die schwierigste Zeit für unser Land seit 75 Jahren, befand Albrecht Pallas, SPD. Wegen möglicher gravierender Auswirkungen müsse überlegt und ohne Schnellschüsse gehandelt werden. Zwischen behertem Agieren einerseits und der notwendigen Gelassenheit andererseits sei es ein schmaler Grat. Den Abgeordneten komme die Aufgabe zu,

bereits sehr solidarisch und würden die bestehenden Anordnungen befolgen. Es entstünden Aktionen zur Nachbarschaftshilfe für Menschen, die zur Hauptrisikogruppe zählten. Auch Beschäftigte und Unternehmen in Sachsen müssten zügig Hilfen erhalten. Es sei daher richtig, sie mit zusätzlich 650 Millionen Euro zu unterstützen. Das Ziel sei es, dass die Menschen ihre Arbeit behielten, um so über die Krise hinwegzukommen.

// Christian Hartmann

// Jörg Urban

// Susanne Schaper

// Kathleen Kuhfuß

// Albrecht Pallas





Hintergrundinformationen zur Corona-Pandemie in Sachsen

Foto: picture alliance/dpa/
Robert Michael

Um welche Erreger handelt es sich?

Ab Mitte der 1960er-Jahre traten Coronaviren erstmals nachweislich auf. Sie verursachen beim Menschen verschiedene Krankheiten, von gewöhnlichen Erkältungen bis hin zu gefährlichen oder sogar potenziell tödlichen Krankheitsverläufen.

Wie breitete sich das Virus aus?

Seit Ende des Jahres 2019 ist der Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in der chinesischen Provinz Wuhan bekannt. Mutmaßlich von dieser Gegend aus verbreitete sich der Erreger weltweit. In Europa begann die Zahl der Neuinfektionen ab Mitte Februar 2020 stark anzusteigen. Auch in Sachsen gibt es seit dem 2. März bestätigte Fälle.

// Seit einigen Monaten breitet sich ein neuartiges Coronavirus aus und hält die Welt in Atem. Zur Eindämmung der Pandemie ergriff der Freistaat Sachsen weitreichende Maßnahmen. Auch der Sächsische Landtag traf präventive Vorkehrungen. //

Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Nachdem die vom Virus ausgehende Krankheit COVID-19 auch in Sachsen nachgewiesen wurde, schränkte der Freistaat das öffentliche Leben stark ein, um das Infektionsrisiko zu senken. Die Staatsregierung schloss Schulen und Kindertagesstätten, Theater, Museen, Schwimmbäder, Sportstätten und Ähnliches. Alle öffentlichen und nicht öffentlichen Veranstaltungen wurden bis auf Weiteres untersagt. Bis auf wenige notwendige Ausnahmen mussten auch zahlreiche Geschäfte schließen. Am 22. März trat eine Allgemeinverfügung in Kraft, die das Verlassen der eigenen

Wohnung einschränkt. All diese Maßnahmen gelten zeitlich und sollen möglichst bald wieder zurückgenommen werden. Den betroffenen Unternehmen sagte der Freistaat Sachsen Unterstützung zu. Der Sächsische Landtag beschloss am 9. April einen Nachtragshaushalt, mit dem erstmals seit 2006 neue Schulden aufgenommen werden. Damit sollen unter anderem die wirtschaftlichen Folgen der Krise abgefangen werden.

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler verfügte, dass Besuchergruppen vorübergehend keinen Zutritt mehr zum Alt- und Neubau des Parlaments erhalten. Veranstaltungen finden bis auf Weiteres nicht mehr statt.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM NEUARTIGEN CORONAVIRUS



Website der Sächsischen Staatsregierung
www.coronavirus.sachsen.de

Bürgertelefon
0800 1000214
Montag bis Freitag, 7 – 18 Uhr



Website des Robert-Koch-Institutes
www.rki.de/covid-19

INFORMATIONEN FÜR BESUCHER DES SÄCHSISCHEN LANDTAGS



Website des Sächsischen Landtags
www.landtag.sachsen.de

Finanzspritze gegen die Corona-Krise

Dr. Daniel Thieme

Landtag beschließt Nachtragshaushalt und ermächtigt Regierung zur Neuverschuldung wegen COVID-19-Pandemie



8. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Eröffnungsansprache von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler im Congress Center Dresden // Foto: O. Killig

// Am 9. April 2020 trat der Sächsische Landtag zu einer außergewöhnlichen Plenarsitzung zusammen. Das Parlament tagte nicht im Plenarsaal, sondern im nahegelegenen Congress Center. Um die Folgen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen, beschlossen die Abgeordneten einen Nachtragshaushalt und stimmten der Aufnahme neuer Schulden zu. Als Grundlage für diese Entscheidungen stellte der Landtag einstimmig die in der Sächsischen Verfassung genannte »außergewöhnliche Notsituation« (Artikel 95) fest. //

Die 8. Plenarsitzung des 7. Sächsischen Landtags war in vielerlei Hinsicht historisch. In Zeiten der Corona-Pandemie fanden die Beratungen nicht im Plenarsaal statt. Die Abgeordneten versammelten sich stattdessen erstmals im nahegelegenen Dresdner Congress Center, wo sie mit mindestens eineinhalb Metern Abstand über die gesamte Fläche verteilt saßen. Die von allen getragenen Stoffmasken dienten dem gegenseitigen Schutz vor Ansteckung.

Historisch war diese Landtagsitzung ebenfalls wegen des zu beschließenden Gegenstandes: Noch nie hatte es in der Geschichte des Freistaates

Sachsen seit 1990 einen Nachtragshaushalt gegeben, noch nie war das 2013 in die Verfassung aufgenommene Neuverschuldungsverbot angetastet worden. Es ging im Kern um drei Vorhaben, die einzeln abgestimmt, aber im Block diskutiert wurden.

// Congress Center Dresden // Foto: Landtag



Dies betraf zunächst den Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD auf »Feststellung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation nach Art. 95 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 Satz 1 der Sächsischen Verfassung aufgrund der COVID-19-

Pandemie«, mit dessen Hilfe der Landtag die Staatsregierung mit einer Kreditemächtigung ausstattet. Dann ging es um die Zweite Beratung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2019/2020. Es sieht eine Änderung des Haushaltsvolumens für das Jahr 2020 vor und berücksichtigt kommende Steuermindereinnahmen. Schließlich stand das »Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens ›Stabilisierungsfonds Sachsen« zur Abstimmung. Damit soll ein Fond für die Jahre 2020 bis 2022 gebildet werden, um die direkten negativen Folgen der COVID-19-Pandemie zu begrenzen sowie weiteren Schäden vorzubeugen.



// Christian Hartmann



// Jörg Urban



// Rico Gebhardt



// Franziska Schubert



// Dirk Panter

Landtagspräsident: Demokratische Notwendigkeit

Der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, CDU, nannte es in seiner Eröffnungsrede eine »demokratische Notwendigkeit«, dass der Landtag als Vollversammlung zusammentrete. Denn um eine »außergewöhnliche Notsituation« nach Art. 95 der Verfassung festzustellen, müssten drei Viertel seiner Mitglieder, d. h. mindestens 80 Abgeordnete, zustimmen. Solche weitreichenden Entscheidungen bedürften unbedingt einer öffentlichen Debatte und der Legitimation durch das Parlament, so Rößler. Der Landtag übernehme mit der Sitzung unter den gegenwärtigen Umständen seine Verantwortung als Volksvertretung. Es sei nun die Zeit für Regierung und Verwaltung, auf allen Ebenen zügig anzupacken. Vor allem aber sei es die Zeit der parlamentarisch getragenen Exekutive.

Staatsregierung: Notsituation feststellen

In der anschließenden Aussprache ergriff für die Staatsregierung zunächst Ministerpräsident Michael Kretschmer das Wort. Die gegenwärtige Pandemie sei die größte Gefahr für Sachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Man könne nicht damit rechnen, dass sich die Situation schnell normalisiere. In den letzten Wochen sei dennoch bereits viel geleistet worden. Dazu zählten die Bestellung von Schutzkleidung, die Notbetreuung von Kindern, die Rückerstattung von Elternbeiträgen sowie umfangreiche Hilfen für die Wirtschaft. Um weitere Hilfen zu ermöglichen, solle der Landtag daher eine besondere Notsituation feststellen und ein Kreditvolumen von bis zu 6 Milliarden Euro zulassen.

Finanzminister Hartmut Vorjohann knüpfte an diese Worte an und begründete den genannten Finanzierungsbedarf mit zu erwartenden Steuerausfällen sowie ungeplanten Mehrausgaben. Zudem müsse

man die damit verbundenen verringerten Handlungsspielräume bei den weiteren Haushaltsplanungen berücksichtigen.

CDU: Folgen bewältigen

Christian Hartmann, CDU, dankte zunächst all jenen Berufsgruppen, die die Versorgung der Bevölkerung in den vergangenen Wochen gesichert hätten. Die Staatsregierung habe sich für weitreichende Maßnahmen entschieden, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Nun gehe es darum, die Folgen für die Wirtschaft sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur zu bewältigen. Unter anderem bei den Kommunen erwarte man geringere Steuereinnahmen durch einen einsetzenden wirtschaftlichen Abschwung. Um dennoch die Handlungsfähigkeit des Freistaates Sachsen zu sichern, entscheide man daher heute über die Einrichtung eines Sondervermögens und die Aufnahme von Krediten von bis zu 6 Milliarden Euro. Die Krise

treffe derzeit alle wirtschaftlich Tätigen im gleichen Maße. Ihnen müsse man nun zur Seite stehen und dennoch die vorhandenen Mittel im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik verantwortungsvoll einsetzen.

AfD: Teures Abwarten

Die Regierung habe zu lange gezögert und man hätte bereits vor drei Wochen entscheidende Maßnahmen umsetzen können, monierte Jörg Urban, AfD. Dieses Abwarten koste die sächsische Wirtschaft Milliardenbeträge und zahlreiche Existenzen. Andere Länder hätten deutlich schneller gehandelt. Nun stehe das Gesundheitssystem vor einer Belastungsprobe. Es fehle in vielen öffentlichen Bereichen an ausreichend Schutzausrüstung. Die Corona-Krise habe jedoch auch etwas Gutes, da es plötzlich möglich sei, Pflegekräfte zu entlasten, gefährdete Kleinunternehmen zu unterstützen und sogar die Grenzen zu schließen. Dem Antrag auf Feststellung einer Notsituation

// Ministerpräsident Michael Kretschmer



// Finanzminister Hartmut Vorjohann // Fotos: O. Killig



stimme man dennoch zu, damit das Gesundheitssystem sowie die Wirtschaft Hilfe bekämen. Die Corona-Krise bedeute eine Chance auf wichtige politische Weichenstellungen. Seine Fraktion werde daher genau hinschauen, wie die bereitgestellten Mittel verwendet würden.

DIE LINKE: Alte Probleme

Das Coronavirus habe das Land verändert und vieles werde nicht mehr so sein wie vorher, konstatierte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Die Feststellung einer außergewöhnlichen Not-situation sei daher richtig. Man müsse viel Geld in die Hand nehmen, um gemeinsam diese Krise zu bewältigen. Diejenigen mit sozialen Nöten und wenig Geld hätten nun umso größere Sorgen. Viele wüssten nicht, ob sie im nächsten Monat noch arbeiten und sich etwas zu essen kaufen könnten. Kleinst-unternehmer oder Soloselbst-ständige kämpften um ihre blanke Existenz. Das Kurzarbeitergeld solle daher auf 90 Prozent angehoben werden. In der gegenwärtigen Situation träten Probleme auf, die es nicht erst seit der Pandemie gebe. Privatisierung habe das Gesundheitssystem anfällig gemacht, Gesundheit müsse und dürfe sich nicht rechnen. Zudem sei es weiterhin nötig, medizinisches Personal ordentlich auszubilden und zu bezahlen sowie ausreichend auszustatten.

BÜNDNISGRÜNE: Blick nach vorn

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, gab zu bedenken, man lebe in einer Zeit entgegengesetzter Geschwindigkeiten. Während sich das öffentliche Leben verlangsamt, beschleunige sich das Ausmaß an Erwartungen, unter anderem an die Politik. Menschen in der Pflege

oder im Einzelhandel würden derzeit als systemrelevant wahrgenommen und es sei zu hoffen, dass dieses Bewusstsein auch nach der Krise weiter anhalte. Man befinde sich in einer außergewöhnlichen Not-situation und das Parlament könne heute dazu beitragen, die Grundlage für notwendige Maßnahmen zu schaffen. Der Nachtragshaushalt stelle einen wichtigen Meilenstein dar. Er sei das richtige Instrument, um



Veränderungen im Haushaltsplan transparent abzubilden. Man dürfe zudem inmitten dieser Zeiten nicht den Blick für soziale und ökologische Fragen verlieren. Bei knappen Ressourcen bedürfe es einer klugen und nachhaltigen Investitionspolitik sowie des zukunftsgerichteten Umbaus der Wirtschaft und der Arbeitswelt.

SPD: Investieren statt Einsparen

Man spanne heute einen kraftvollen Schutzschirm für das Gesundheitssystem, die Kommunen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmen, umriss Dirk Panter, SPD, die beabsichtigten Entscheidungen. Die Corona-Krise sei eine große Herausforderung für das Gemeinwesen. Sie sei nicht gerecht, daher bedürfe es

geeigneter Maßnahmen. Die Fehler in der Bankenkrise, als die damalige Regierung massiv den Sozialstaat kürzte und zu wenig in die Zukunft investierte, sollten in Sachsen nicht wiederholt werden. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehe. Vielmehr müssten starke Schultern ihren Teil der Last tragen. Durch Investitionen ließen sich die Folgen der jetzigen Krise wirt-

schaftlich, sozial und gesellschaftlich abfedern. Man habe in den letzten Jahren mühsam für mehr Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten gesorgt. Diese Erfolge gelte es nun zu sichern und nicht zu gefährden.

Einstimmiger Beschluss aller Fraktionen

Abschließend wurde der Antrag der Regierungsfaktionen auf »Feststellung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Not-situation« vom Landtag einstimmig beschlossen. Ferner erhielten die beiden Gesetzentwürfe die mehrheitliche Zustimmung durch den Landtag. Die Entschließungsanträge von AfD und DIE LINKE wurden nicht beschlossen, jener Antrag der Regierungsfaktionen erhielt eine Mehrheit.



Hintergrund zum Art. 95 Sächs. Verfassung

Das in Art. 95 der Verfassung des Freistaates Sachsen verankerte Neuverschuldungsverbot wurde vom Sächsischen Landtag am 10. Juli 2013 im Rahmen der ersten und bislang einzigen Änderung der Sächsischen Verfassung seit ihrer Verabschiedung im Jahr 1992 beschlossen. Abweichungen von diesem Schuldenverbot sind danach im Freistaat Sachsen seit 2014 nur noch in eng definierten Sondersituationen zulässig. Diese bedürfen jeweils einer ausdrücklichen Feststellung durch das Parlament. Im Zusammenhang mit der durch das Coronavirus ausgelösten Pandemie hat der Landtag erstmals eine derartige außergewöhnliche Notsituation festgestellt und damit eine Kreditaufnahme ermöglicht.



Petra Čagalj Sejdi als neue Abgeordnete verpflichtet

Im Februar zog Petra Čagalj Sejdi (BÜNDNISGRÜNE) als Listennachfolgerin für Staatsminister Wolfram Günther in den Sächsischen Landtag ein. Die Abgeordnete wurde zu Beginn der 8. Plenarsitzung verpflichtet. Unter den gegenwärtigen Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit geschah dies nicht wie üblich per Handschlag, sondern durch ein zustimmendes »Ja«.



Foto: Landtag

Janina Wackernagel

Landluft trifft auf Plenarluft

Eine ungewöhnliche Anhörung im Agrarausschuss am 05. März 2020

// Donnerstagsmorgen, unzählige Traktoren säumen die Straßen rund um den Sächsischen Landtag. Zugleich sind die Besucheränge im Plenarsaal gefüllt. Für die Behandlung des Antrags »Evaluierung des sächsischen Nitratmessstellennetzes vor dem Hintergrund der Novellierung der Düngeverordnung« ist diesmal die gewünschte Öffentlichkeit einer Ausschuss-Anhörung im besonderen Maße hergestellt. Inhaltlich geht es bei dem Antrag im Großen und Ganzen um die Frage, wie die Erhaltung einer guten Trinkwasserqualität im Freistaat Sachsen mit der Notwendigkeit zu vereinbaren ist, dass in der Landwirtschaft Böden gedüngt werden müssen. //

Die Düngeverordnung – ein komplexes Thema

Nachdem die Ausschussvorsitzende Ines Springer alle organisatorischen Fragen geklärt hat, kann die eigentliche Anhörung beginnen. Mit jeweils einem Zeitfenster von zehn Minuten stellen nacheinander acht Sachkundige ihre Ansichten zum Antrag dar. Sie repräsentieren ein breites Spektrum an Expertise – vom Landwirt, der darauf hinweist, dass er schon jetzt Schwierigkeiten hat, sich auf die ständig wechselnden Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Arbeit einzustellen, bis hin zum Geologen, der die Belastungen der sächsischen Böden aufzeigt.

Daran schließt sich die Fragerunde an – alle Fraktionen dürfen Nachfragen stellen oder um Klarstellung bitten. Wie schon bei den Vorträgen der Sachkundigen, geht es auch hier ins Detail: So wird zum Beispiel gefragt, ob die Auswirkungen der jüngsten Änderung der

Düngeverordnung von 2017 überhaupt schon messbar sind. Das wird von drei Wissenschaftlern verneint, die Auswirkungen würden sich erst nach mehreren Jahren nachweisbar messen lassen. Auch die Frage nach Differenzierung ist für die Abgeordneten wichtig. So spielten bei Messverfahren viele Variablen eine Rolle – neben dem Düngeverhalten eben auch die genaue Bodenbeschaffenheit oder die Niederschlagsmengen in einem Gebiet.

Aufgabe der Politik: Informierte Entscheidungen treffen

Solche Fragerunden sind typisch für Anhörungen, dienen sie doch dazu, dass Abgeordnete sich ein genaueres Bild von dem Gegenstand machen können, über den sie schlussendlich entscheiden. Deswegen werden Fachleute eingeladen und im klassischen Sinne »gehört«. In dieser besonderen Sitzung des Agrarausschusses ist es auch so, dass zusätzlich noch die konkreten Anliegen der angereisten Landwirte gehört wurden: Am Rande der Ausschusssitzung trafen die Obleute aller Fraktionen mit einer Delegation der Landwirte zusammen.

Geplant ist die abschließende Beratung des Antrags in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft – wie der Agrarausschuss eigentlich heißt. Diese Aussprache wird ebenfalls öffentlich stattfinden.

Das stenografische Protokoll zur Sitzung, einschließlich der Vortragsmaterialien der Sachkundigen und der anschließenden Nachfragen der Abgeordneten finden Sie als Drs 7/1601 unter: edas.landtag.sachsen.de



LAUFENDE GESETZGEBUNG

STAND: 9. April 2020

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Verbesserung der Informationsbeziehungen zwischen dem Sächsischen Landtag und der Staatsregierung, 7/588 DIE LINKE	Das beabsichtigte Gesetz soll die Unterrichtspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Landtag präziser ausgestalten. Insbesondere ist vorgesehen, das Parlament früher und noch umfangreicher über geplante Initiativen zu informieren.	Öffentliche Anhörung am 4. März 2020 im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung
Gesetz zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, 7/679 Staatsregierung	Der Entwurf sieht u. a. vor, dass Inhaber von mehreren Wohnungen für diese nicht mehr als einen vollen Rundfunkbeitrag bezahlen müssen.	Öffentliche Anhörung am 2. März 2020 im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag, 7/873 Staatsregierung	Der Entwurf soll Bestimmungen zum Glücksspiel neu regeln. Unter anderem ist vorgesehen, den Abstand von Wettvermittlungsstellen zu allgemeinbildenden Schulen auf 250 Meter Luftlinie zu erhöhen.	Öffentliche Anhörung am 5. März 2020 im Ausschuss für Inneres und Sport
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, 7/1891 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Abgeordnetenbezüge und Altersgelder sollen sich zukünftig an Richtergehältern (R1, Stufe 6) orientieren. Auch die Aufwandsentschädigung und die Kostenpauschale sollen angehoben werden.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (federführend) und den Haushalts- und Finanzausschuss
Sächsisches Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs, 7/1941 AfD	Durch eine Vorabquote sollen Bewerber einen Medizinstudienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss für eine bestimmte Zeit in Regionen mit besonderem Bedarf arbeiten.	Erste Beratung am 18. März 2020

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, 7/912 Staatsregierung	Das Gesetz soll die Auswahlkriterien für die Zulassung zu medizinischen Studiengängen neu und verfassungskonform regeln.	angenommen
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Brexit-Übergangsgesetzes, 7/1770 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Das sächsische Brexit-Übergangsgesetz bezog sich nach dem formellen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union auf eine veraltete Fundstelle. Diese Angabe im Gesetzestext wurde nun korrigiert.	angenommen
Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020, 7/2097 Staatsregierung	Der Nachtragshaushalt vergrößert das Haushaltsvolumen für das Jahr 2020 durch die Aufnahme neuer Schulden.	angenommen
Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens »Stabilisierungsfonds Sachsen«, 7/2098 Staatsregierung	Mit dem durch das Gesetz geschaffenen Sondervermögen sollen die Folgen der COVID-19-Pandemie bewältigt und weiteren Schäden vorgebeugt werden.	angenommen

Die Darstellung zeigt den Stand der Gesetzentwürfe, die bis 9. April 2020 in den Sächsischen Landtag eingebracht, debattiert, beraten, abgelehnt oder angenommen wurden. Entwürfe mit unverändertem Status werden nicht aufgeführt.

Katja Ciesluk

»Zwischen Brötchen, Blumen, Kartoffeln und Kühen«

Ein Tag mit Ines Springer, Vorsitzende des Ausschusses für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

// Gärtnerei Burckhardt // Fotos: S. Giersch

Das Coronavirus schlägt schon Wellen. Was wenige Tage später über das Land hereinbrechen sollte, ist uns aber noch nicht im Entferntesten bewusst. Ines Springer begrüßt mich mit einem festen Händedruck. Desinfektionsmittel in der Mittelkonsole ihres Autos sind da noch das Einzige, was an diesem Tag auf Corona schließen lässt. Und so machen wir uns auf zu einem mit vielen Terminen und Begegnungen gespickten Tag. Mit dabei ist Sabine Thamm, eine von Ines Springers zwei Wahlkreismitarbeiterinnen bzw. »Kolleginnen«, wie sie ihre guten Seelen nennt.

Kontaktpflege zwischen bunten Blumen

Zuerst fahren wir in die Gärtnerei Burckhardt, ein kleiner Familienbetrieb in vierter Generation. Geschäftsführer Thorsten Neubert empfängt die Abgeordnete, die seit wenigen Wochen an der

// Ines Springer empfängt uns bestens gelaunt in ihrem Wahlkreisbüro in Glauchau. Wir schreiben den 9. März. Noch ist das Land im Normalzustand. Wir haben Ines Springer, die seit über zehn Jahren für die CDU als Direktkandidatin im Landtag und seit 1999 im Stadtrat sitzt, einen Tag lang bei ihrer Arbeit begleitet. //

Spitze des Ausschusses für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft im Sächsischen Landtag steht. Ines Springer erkundigt sich, ob die Auflagen der Düngeverordnung seinen Betrieb treffen. Ein Thema, das den Ausschuss gerade sehr beschäftigt. Wenige Tage zuvor hatte es dazu im Plenarsaal des Landtags eine Anhörung gegeben. Springer bespricht die aktuelle Lage,

// Friweika



nebenbei gibt es noch ein paar Gärtner Tipps gratis, und Ines Springer ordert einen Frühlingsstrauß und 20 bunte Primeln. Am Mittag will sie beide Blumen grüße abholen für Menschen, die sie heute noch treffen wird.

Ines Springer kennt in ihrer Heimatstadt gefühlt jeden Stein. Eigentlich habe sie immer weggewollt. Dann ist sie doch geblieben, studierte Kraftfahrzeugtechnik im nahe gelegenen

Zwickau, gründete eine Familie und verdiente sich ihren Lebensunterhalt als Ingenieurin. Ihr Einstieg in die Politik erfolgte relativ spät. Seit 1999, da war Ines Springer 43 Jahre alt, sitzt sie im Stadtrat, seit 2009 im Landtag und seit sechs Jahren zudem im Kreistag.

Kleingärtner bangen um Zukunft

Weiter geht es in die Kleingartensparte Adlerwiese im Herzen der Kleinstadt. Groß ist hier die Sorge. Der Leerstand an Kleingärten ist ein riesiges Problem im ländlichen Raum, das auch vor Glauchau nicht haltmacht. 25 000 Menschen von einst 36 000 leben heute noch in der früheren Textilhochburg. Der Altersdurchschnitt ist hoch, nicht nur hier in der Gartensparte. Uwe Jakobkeit vom Territorialver-

band Glauchau der Gartenfreunde e. V. wartet auf uns. Bei ihm sind einige rüstige Rentner um die 70 Jahre, die uns herzlich empfangen. 112 von 261 Gärten sind derzeit verpachtet, Tendenz fallend. Die wenigen Neupächter, junge Leute oder mehrere syrische Familien, die die Gärten zum Gemüseanbau für die Selbstversorgung nutzen, reichen nicht, um dem Leerstand Herr zu werden. Einen Teil der Kleingartensparte hat der Verein deshalb jetzt an die Stadt abgegeben. Hier werden bald Einfamilienhäuser stehen. Im September wird das Jubiläum »100 Jahre Kleingartenwesen in Sachsen« in Plauen gefeiert, gibt Uwe Jakobeit Ines Springer noch mit auf den Weg, verbunden mit der Bitte, sie möge den Termin wahrnehmen. Sabine Thamm notiert ihn.

Zu Besuch bei der Milchkönigin

Am Nachmittag sind wir zu Gast bei Familie Hochstein, die einen Landwirtschaftsbetrieb mit Milchviehhaltung in Glauchau betreibt. Geschäftsführer Holger Hochstein wartet schon auf uns. Mit am Tisch: seine Frau, der Seniorchef und Tochter Luisa. Sie ist die amtierende sächsische Milchkönigin (der Frühlingsstrauß aus der Gärtnerei Burckhardt wechselt die Besitzerin) und studiert in Dresden-Pillnitz Landwirtschaft. Das Gespräch kreist um die aktuelle Düngeverordnung, die Platzierung von Nitratmessstellen und natürlich die Demonstration in Dresden in der Vorwoche, an der auch Mitglieder der Familie Hochstein teilgenommen hatten. Hochsteins beklagen zudem die hohe Dokumentationsdichte und -pflicht, die gesunde Produkte garantieren soll, die Landwirte aber vor zusätzliche Belastungen stellen. Mitten in die Rückreise aus der Landeshauptstadt sei dann auch noch



// Landwirtschaftsbetrieb Fa. Hochstein

die Nachricht geplatzt, dass ein großer deutscher Discounter niedrigere Milchpreise durchsetzen wolle, kritisiert Luisa Hochstein und schaut die Politikerin fragend an. »Sachsen ist viel zu klein, um dieser Marktmacht etwas entgegenzusetzen zu können«, räumt Springer ein. Schließlich besichtigen wir den Stall mit 120 Milchkühen.

Station Nummer vier auf unserer Rundreise durch den Wahlkreis ist die Bäckerei Förster, ein mittelständischer Familienbetrieb mit 33 Filialen in der Region. Juniorchefin Miriam Förster, eine junge Familienmama, zeigt uns ihren Backbetrieb und freut sich über das Wiedersehen mit Ines Springer. Der Backbetrieb steht

// Bäckerei Förster



Mit Biogas gerüstet für die Zukunft

Letzte gemeinsame Station ist ein Unternehmen, das frische Weidendorfer Kartoffeln verarbeitet: Friweika. Ines Springer ist aber heute nicht wegen der Kartoffelprodukte da. Sie informiert sich vielmehr über die Biogasanlage des Unternehmens, die 2013/2014 während der laufenden Produktion gebaut wurde. Gespeist wird diese aus Abfällen der unternehmenseigenen Kartoffelverarbeitung. Bei einer Auslastung von durchschnittlich 60 Prozent liefert die Anlage 3 000 Kubikmeter Biogas am Tag. Je nach Entwicklung des Energiemarktes könne die Anlage hoch- oder runtergefahren werden und sei damit ein weiteres Standbein in der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, erklärt Vorstandsmitglied Marko Wunderlich der Abgeordneten, deren Ausschuss auch für das Thema Energie zuständig ist.

Nach fast neun Stunden in Glauchau geht es für uns zurück nach Dresden. Ines Springer hat noch keinen Feierabend. Sie eilt zu einer nachträglichen Frauentagsveranstaltung. Mit im Gepäck: die 20 Primeln aus der Gärtnerei Burckhardt – als kleines Dankeschön für das Engagement der Frauen dort.

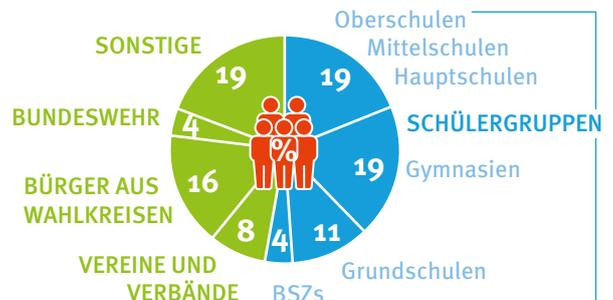
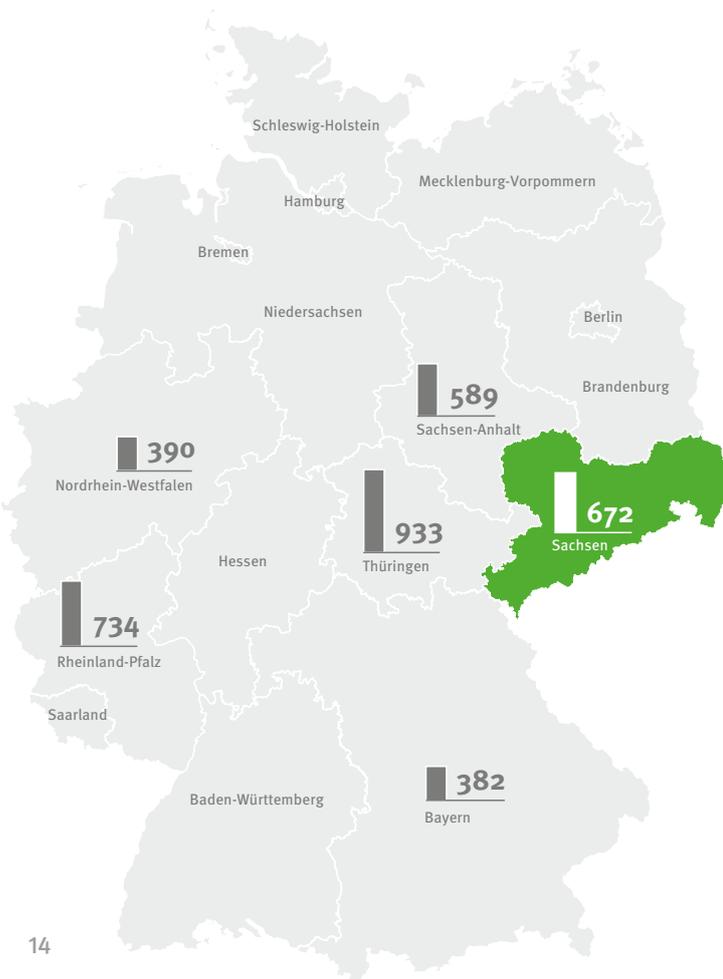
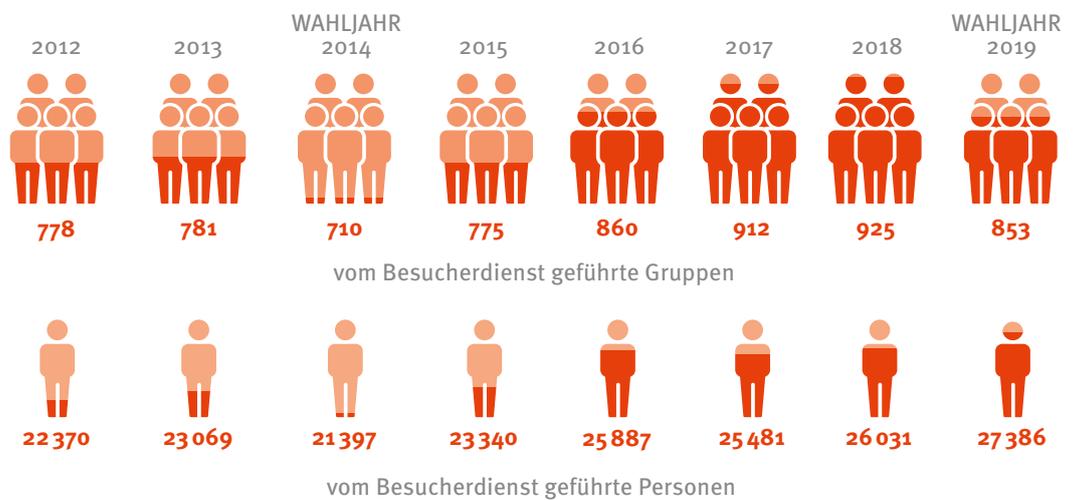
Anne-Marie Brade

Rekordjahr 2019: Über 27 000 geführte Besucher im Landtag

// Ein Rundgang durch den Landtagsneubau, eine Plenarsitzung live mitverfolgen oder sogar selbst im Sitzungssaal Platz nehmen: Wer sich das sächsische Parlament von innen anschauen will, wendet sich am besten an den Besucherdienst. Die Mitarbeiterinnen organisieren Führungen für Schulklassen, Bundeswehrangehörige, Vereine und alle sonst denkbaren Gruppen. //

Jährlich besuchen mehr Bürgerinnen und Bürger den Sächsischen Landtag

Die Zahl der Bürger, die sich im Rahmen einer Führung an Plenartagen oder in der sitzungsfreien Zeit den Sächsischen Landtag anschauen möchten, nimmt jährlich zu. Daher sind die Termine, die mit dem Besucherdienst vereinbart werden können, heiß begehrt. Das Jahr 2019 bildet darin keine Ausnahme, allerdings konnten sich aufgrund der Einschränkungen durch die Landtagswahl weniger Gruppen anmelden.



Sachsen: Ganz vorne mit dabei!

Was die Anzahl der Besucher pro 100 000 Einwohner angeht, muss Sachsen den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht scheuen. Eine kleine Auswahl auf der Karte (links).

Zahlen in Sachsen: nur Besucher, die eine Führung durch den Besucherdienst erhalten haben; Daten anderer Bundesländer, soweit verfügbar

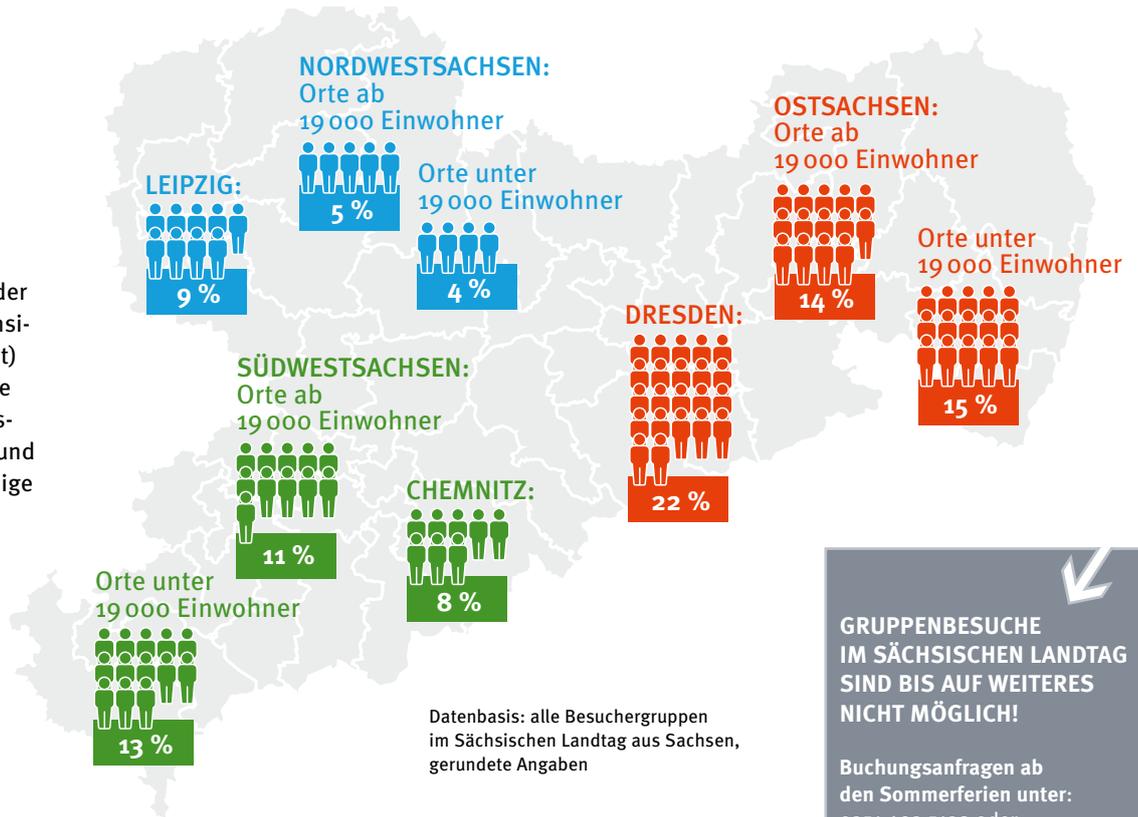
Vor allem Schüler besuchen den Sächsischen Landtag

Ein Landtagsbesuch steht für viele Schulen, vor allem in den Jahrgangsstufen 4 und 9, fest im Kalender. Aber auch viele andere Bevölkerungsgruppen lassen sich durch das Parlament führen.

Datenbasis: Gruppen, die eine Führung des Besucherdienstes erhalten haben. Angaben in Prozent. BSZs = Berufliche Schulzentren

Besucher aus Stadt und Land

Der überwiegende Anteil der Besuchergruppen im Sächsischen Landtag (86 Prozent) stammt aus Sachsen. Viele kommen aus den Ballungsräumen Leipzig, Dresden und Chemnitz. Doch nicht wenige reisen aus den kleineren Städten oder ländlichen Gebieten an.



GRUPPENBESUCHE IM SÄCHSISCHEN LANDTAG SIND BIS AUF WEITERES NICHT MÖGLICH!

Buchungsanfragen ab den Sommerferien unter: 0351 493 5132 oder besucherdienst@slt.sachsen.de

Einzelbesucher zu Plenarsitzungen: Gegen Vorlage eines gültigen Ausweises können Besucher an Plenartagen das Geschehen von der Besuchertribüne aus mitverfolgen.

Alle Angebote des Besucherdienstes stehen kostenfrei zur Verfügung!

Bitte beachten Sie aktuelle Hinweise auf der Website www.landtag.sachsen.de

Zwei Stunden im Parlament

Im Durchschnitt verbringen Besucher 113 Minuten im Sächsischen Landtag.



Mehr als die Hälfte der selbst angemeldeten Besuchergruppen möchte mit Abgeordneten sprechen

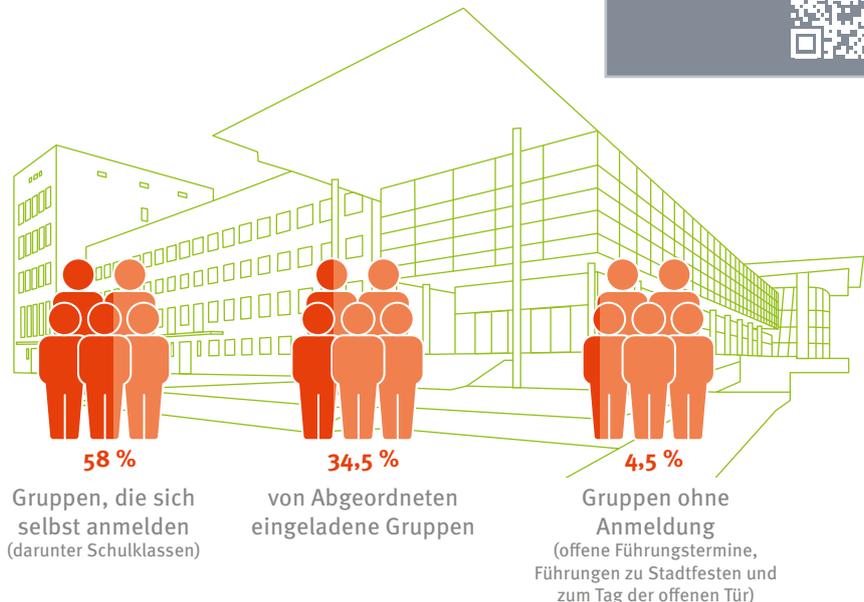
Von allen Gruppen, die sich selbst für Führungen anmelden, möchte die überwiegende Zahl (61 Prozent) im Anschluss an einen Rundgang durchs Haus mit Abgeordneten ins Gespräch kommen.

Darüber hinaus laden aber auch viele Mitglieder des Landtags Gruppen zu Führungen mit Gesprächsrunden ein!



Die meisten Besuchergruppen melden sich selbst an

Zwar folgt eine große Anzahl der Besuchergruppen im Landtag der Einladung eines Abgeordneten oder mehrerer Abgeordneter. Ein Großteil der Besucher entschließt sich jedoch selbst zu einem Besuch im Parlament.



Datenbasis: alle Besuchergruppen im Sächsischen Landtag aus Sachsen



Fotos: Ö GRAFIK

Katja Ciesluk

Volkshandbuch informiert über Abgeordnete

// Das Volkshandbuch zum Sächsischen Landtag in der 7. Wahlperiode ist erschienen. Es enthält unter anderem Informationen zu allen 119 Abgeordneten sowie zur Zusammensetzung des Parlaments und seiner Organe. Erstmals seit 1991 gibt das Parlament die Publikation selbst heraus. //

Im ersten Teil des Volkshandbuchs finden Sie biografische Angaben und Portraits aller Abgeordneten des Sächsischen Landtags, Informationen zu deren politischen und gesellschaftlichen Funktionen, Ehrenämtern sowie zu Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gre-

mien. Einige kleine Abgeordnetenstatistiken geben Einblick in die Geschlechter- und Altersverteilung des Hohen Hauses in Dresden.

Außerdem können Sie die detaillierten Ergebnisse der Landtagswahl vom 1. September 2019 sowie die Zusammensetzung des

Volkshandbuch

Die Publikation ist elektronisch auf der Website des Landtags als pdf (sowie hier als Blätterkatalog) verfügbar.

[www.landtag.sachsen.de/
dokumente/
Volkshandbuch_TEIL_1_Web.pdf](http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/Volkshandbuch_TEIL_1_Web.pdf)



Gern können Sie das Volkshandbuch über den Publikationsversand des Sächsischen Landtags bestellen.

[www.landtag.sachsen.de/
de/service/publikationen/
index.cshml](http://www.landtag.sachsen.de/service/publikationen/index.cshml)



Landtags und der Fraktionen nachschlagen. Ein Exkurs gibt einen Überblick über die Mitglieder der Staatsregierung.

Das Volkshandbuch richtet sich in erster Linie an interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich über den Sächsischen Landtag und seine Mitglieder informieren möchten.

Derzeit ist auch Teil zwei des Volkshandbuchs in Arbeit. Dieser wird Gesetze und andere Rechtsgrundlagen, die die Arbeit des Parlaments betreffen, bündeln und übersichtlich aufbereiten.

Demonstration
der Plauener Bürger

Sachsens Weg des Neubeginns

// Demonstration in Plauen // Quelle: Archiv Sächsischer Landtag,
Katalog Ausstellung »10 Jahre Friedliche Revolution«, Fotograf R. Bartsch

// 30 Jahre sind seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen 1990 ver-
gangen. Am Anfang standen die Proteste Tausender Bürgerinnen und Bürger
gegen die SED-Diktatur. Die Geschehnisse in Plauen, Dresden, Leipzig und
vielen anderen Städten entfalteten eine ungemeine Wucht. Sie führten in
weniger als einem Jahr zum Ende der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung.
Gleichzeitig formierte sich in Sachsen früh der Wunsch nach einer
Wiedergründung des Landes Sachsen und einem frei gewählten Landtag.
Im Oktober 1990 wurde beides Realität. //

30 Jahre Freistaat Sachsen

Dr. Thomas Schubert

// Anlässlich des diesjährigen Jubiläums der Deutschen Einheit, des Freistaates Sachsen und des Sächsischen Landtags blickt der Landtagskurier mit dem Sonderthema »30 Jahre Freistaat Sachsen« auf die damaligen Geschehnisse und Akteure zurück. Im Mittelpunkt steht die sächsische Landesgründung. Im ersten Teil der Serie wird die Zeit zwischen den Massendemonstrationen 1989 bis zur Volkskammerwahl 1990 beleuchtet. //



// 7. Oktober 1989 in Plauen: Superintendent Thomas Küttler spricht zu den Demonstranten // Foto: Archiv Neubert Verlag

Das heutige Sachsen war in den Umbruchsjahren 1989/90 im mehrfachen Sinne »Vorreiter«¹. So bildete die Bevölkerung zwischen Görlitz, Plauen und Leipzig die »Speerspitze« der Friedlichen Revolution in der DDR. Der Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand war 1989 für Tausende auslösendes Moment, gegen die kommunistische Diktatur zu revoltieren. Der absolute Machtanspruch der SED sowie die ökonomischen Verwerfungen des DDR-Sozialismus beschworen besonders in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Dresden ein massives Aufbegehren. Sachsen wurde zum Kernland der Friedlichen Revolution. Die vorwärtstreibenden Vorgänge forcierten zudem die erfolgreiche Revolution hin

zur nationalen Einheit. Früh erklang dabei der Ruf nach einer Wiederbegründung des Landes Sachsen.

Demokratisches Aufbegehren

Die großen sächsischen Städte waren im Herbst 1989 Zentren der Friedlichen Revolution in der DDR. Am 7. Oktober 1989, dem 40. Tag der Republik, garte es nicht nur in Karl-Marx-Stadt. Im vogtländischen Plauen demonstrierten 10 000 Menschen friedlich für Meinungsfreiheit, demokratische Wahlen und Reisefreiheit. In Dresden entstand am Abend des 8. Oktober, nach Tagen gewaltsamer Auseinandersetzungen, die für den Fort-

gang der Ereignisse in Sachsen wichtige »Gruppe der 20« – spontan, friedlich, auf der Straße, aus der Masse der demonstrierenden Menschen heraus, von diesen legitimiert. Es war eine Volksvertretung im Wortsinne. Die oppositionellen Akteure erreichten in Dresden für den 9. Oktober als Erste in der DDR einen »Dialog« mit der Staatsmacht. Es war eine Revolution zwischen Konfrontation und Konzession.²

Zur gleichen Zeit kam es in Leipzig zur wohl entscheidenden Demonstration der Friedlichen Revolution. Nachdem bereits in den Wochen zuvor Tausende ihren Unmut öffentlich gezeigt hatten, zwangen am Abend des 9. Oktober 1989 70 000 Bürger den hochgerüsteten Staat in

die Knie. Die Losung »Wir sind das Volk!« verbreitete sich in den nachfolgenden Massenkundgebungen von Sachsen aus wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Besonders jedoch in den südlichen Regionen erhob sich Widerstand gegen die SED-Diktatur. Der unverhoffte Machtzerfall des Regimes begann hier allerorts. Ob in Form des Christlichen Friedensseminars Königswalde oder der im August 1989 in Großolbersdorf einsetzenden Friedensgebete – die regionalen Wiegen der Friedlichen Revolution im Sächsischen waren zahlreich.

National-föderative Wende

Nicht zuletzt drängte die sächsische Bevölkerung nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 auf eine schnelle deutsche Einheit. Nun hieß es landauf, landab: »Wir sind ein Volk!« Die Massenproteste änderten ihre Stoßrichtung, die Revolution erlebte ihre national-föderative Wende. Mit der Reisefreiheit rückte die Frage nach der Existenz der DDR insgesamt in das Blickfeld. Der symbolkräftige 9. November 1989 war die wichtigste Zäsur für das Ende der DDR und für die Deutsche Einheit. Bereits am 6. November wehten weiß-grüne Fahnen auf sächsischen Montagsdemonstrationen, eine Woche später erklangen die ersten Forderungen nach einer Wiederherstellung Sachsens. Helmut Kohls

Die erfolgreiche Revolution

Auftritt vor den Ruinen der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember wurde zum Triumph des Einheitsgedankens und der Ruf »Wir sind ein Volk!« fortan geschichtsprägend.

Die massenhaften Demonstrationen und die Bildung oppositioneller Gruppen wie Parteien, z. B. Neues Forum oder Demokratischer Aufbruch, führten zunächst zu einer Demokratisierung in der DDR. Die ehemals übermächtige Staatspartei SED, die im Frühjahr 1989 noch mit Wahlfälschungen und Repressionen ihren Status zu wahren versuchte, drosselte nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze nur noch die Schrittgeschwindigkeit der Umwälzung. Hans Modrow, nach Egon Krenz nun Vorsitzender des Ministerrats, verkündete ein zaghaftes Reformprogramm, das zuvorderst den Fortbestand der DDR sichern sollte. Bis dahin eher zurückhaltend, griff Helmut Kohl Ende November 1989 in seinem »Zehn-Punkte-Programm« Modrows Idee einer mittelfristigen Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten durch den Vorschlag »konföderativer Strukturen« auf.

Neue Kräfte erstarben

Die SED-Diktatur kapitulierte und kollabierte zeitgleich. In den DDR-Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt gab es nicht nur die heftigsten Konfrontationen zwischen Demonstranten und Staatsmacht, hier ist auch der Dialog zwischen Staat und Demonstranten eingeleitet worden.³ Das Gespräch in Dresden zwischen den SED-Machthabern und Vertretern der »Gruppe der 20« am 9. Oktober, eine Art verhaltener Dialog, von den SED-Vertretern

vornehmlich mit dem Ziel der Konservierung geführt, gab den Weg der gewaltlosen Verständigung vor. Beim »Rathausgespräch« am 30. Oktober erkannte der Dresdner SED-Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer die »Gruppe der 20« als verhandelnde Bürgerinitiative an – eine Zäsur. Ein weiterer zentraler Wendepunkt in der sächsischen Entwicklung war die Gründung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 8. Dezember 1989. Von Beginn an ging es hier insbesondere um das zukünftige Land Sachsen, woran sich in den kommenden Monaten ein harter Machtkampf zwischen den neuen Kräften und der alten

Nomenklatura der Räte der Bezirke entzünden sollte.

Das SED-Regime versuchte auf allen Ebenen den Machterhalt, während es der Opposition lange an Machtbewusstsein fehlte. So schuf etwa die religiöse Anbindung vieler Oppositioneller eher ein geistiges denn ein machtpolitisches Gegengewicht. Das oppositionelle Demokratieverständnis wurzelte oft weniger in einem freiheitlichen System westlicher Prägung als vielmehr in den reformsozialistischen Ideen des »Prager Frühlings«. Dem alten Regime nützte dies. Jedes noch so kleine Unterlassen der Opposition kam ihm zugute. Dem Druck der Straße und dem Handeln eini-

ger Entschlossener unter den neuen Kräften sollte es jedoch nicht standhalten, ebenso nicht dem konsequenten Umsteuern ehemaliger DDR-Blockparteien wie der CDU.

Wahl zur Volkskammer

Der Demokratisierungsprozess in der DDR erreichte mit der freien Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine neue, eine entscheidende Phase. Die Wahl sollte unmissverständlich den Weg zur deutschen Einheit einklären. Der von den Parteien der »Allianz für Deutschland« (CDU, DSU, DA) im Wahlkampf vertretenen Mischung aus schneller Einheit, Währungsunion und westdeutscher Regierungspartei hatten auch die Sozialdemokraten nichts Wirksames entgegenzusetzen. Die Dreier-Allianz errang bei einer historischen Wahlbeteiligung von 94,6 Prozent insgesamt 48,0 Prozent – zweifelsohne eine Überraschung. Auf dem Gebiet des späteren Sachsen fiel das Ergebnis noch eindeutiger aus. Die erste und auch letzte demokratische Volkskammer der DDR sollte in ihrer kurzen Existenz maßgebliche Beschlüsse fassen, darunter auch jenen zu einer Re-Föderalisierung der DDR. Im künftigen Sachsen hatte diese jedoch ihre eigene »revolutionäre« Geschichte (Teil 2 folgt).



// Quelle: Archiv Sächsischer Landtag, Katalog Ausstellung »10 Jahre Friedliche Revolution«, Fotograf Kitten

// Wahlwerbung zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990

- 1) Vgl. dazu Eckhard Jesse: Sachsen als Vorreiter, in: Ders. (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 281–297.
- 2) Vgl. Eckhard Jesse / Thomas Schubert (Hrsg.): Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen, Berlin 2010.
- 3) Vgl. dazu Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989 / 90, 2 Bände, Göttingen 2009.

SERVICE

Europäischer Vertreter besucht Sachsen

Der neue Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Dr. Jörg Wojahn, besuchte am 4. März 2020 den Sächsischen Landtag. Im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung stellte er das Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 vor. Anschließend tauschte sich Wojahn mit den Abgeordneten über Einzelaspekte des Arbeitsprogramms aus, unter anderem den Europäischen Grünen Deal sowie die Zukunft der EU-Regionalförderung.



Foto: O. Killig

Fleißige Bienen ausgezeichnet

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zeichnete am 27. Februar 2020 das Modellprojekt »Unser Bienenwald Sachsens« im Rahmen der UN-Dekade »Biologische Vielfalt« im Sächsischen Landtag aus. Im Projekt geht es um die insektenfreundliche Aufforstung eines Waldes in Liebstadt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, an der sich auch zahlreiche Kinder beteiligten. Dadurch entstand auf einer Fläche von rund 4.000 Quadratmetern Sachsens erster Bienenwald.



Foto: Landtag

Zeitweilige Schließung für Besuchergruppen

Gruppenbesuche im Sächsischen Landtag (Alt- und Neubau) sind vorerst nicht mehr möglich. Zudem wurden alle nichtparlamentarischen Veranstaltungen im Landtagsgebäude aufgrund der Ausbreitung der Corona-Pandemie abgesagt. Einzelbesucher erhalten im Ausnahmefall weiterhin Zutritt. Diese Regelung gilt bis auf Weiteres und wird regelmäßig überprüft.

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

29. – 30.04.2020
Beginn jeweils 10 Uhr
(Änderungen vorbehalten)

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

10. – 11.06.2020
15. – 16.07.2020
01.09.2020
30.09. – 01.10.2020

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132.

Bis auf Weiteres geschlossen. Beachten Sie die Meldung auf der linken Seite.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/ Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.04.2020

Gastautoren: Janina Wackernagel (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx